

Streitpunkt Israels Politik – wie können wir in unseren Gemeinden sachgemäß darüber sprechen?

Ein Positionspapier des Ausschusses für das christlich-jüdische Gespräch in der ErK

Die Ausgangslage: Nach unserer Beobachtung werden in unserer Kirche drei Positionen vertreten, wenn über Israels politisches Verhalten im Nahostkonflikt diskutiert wird. Die eine lässt grundsätzlich keine Kritik an Israel zu, die andere kritisiert oft leidenschaftlich und scharf Israels „Unterdrückung des palästinensischen Volkes“. Eine dritte Haltung befindet sich in der Mitte zwischen diesen beiden Einstellungen.

Wir wollen mit dem Blick auf den Verfassungsgrundsatz unserer Kirche aus dem Jahr 1988 einen Beitrag zur Versachlichung des Streits, zu einer gut begründeten christlichen Positionierung, leisten:

Gott hat Israel zu seinem Volk erwählt und nie verworfen. Er hat in Jesus Christus die Kirche in seinen Bund hineingenommen. Deshalb gehört zum Wesen und Auftrag der Kirche, Begegnung und Versöhnung mit dem Volk Israel zu suchen.

- 1) Begegnungen mit Jüdinnen und Juden setzen auf jüdischer Seite die Bereitschaft zur *Versöhnung* voraus. Theologischer Antijudaismus und daraus resultierende Überheblichkeit gegenüber dem Judentum prägten 19 Jahrhunderte der *Vergegnung* (Martin Buber) und trugen zur Katastrophe der *Schoah* bei. Während der NS-Herrschaft 1933-45 wurden in den christlichen Kirchen nur vereinzelt Stimmen laut, die zum Schutz jüdischer Mitmenschen aufriefen. Nach Kriegsende setzte ein zögerlicher und langsamer Prozess der Bewusstwerdung in Kirchen, Gemeinden und theologischen Hochschulen ein - darüber, dass die deutsche Christenheit eine Mitverantwortung an der Verfolgung und Ermordung ihrer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger trug.

Erst Anfang der 1960er Jahre begann mit einer deutlichen theologischen Umorientierung ein gründlicher christlich-jüdischer Dialog. Dieser tritt in unserem Land langsam aber sicher an die Stelle der im vergangenen Jahrhundert noch in weiten Teilen der Kirche propagierten „Judenmission“. Eine Frucht dieser Umorientierung ist der oben zitierte Verfassungsgrundsatz der ErK.

- 2) *Begegnung* mit dem Judentum geschieht vor allem in europäischen und amerikanischen Gemeinden vor Ort ebenso wie in Israel. Knapp die Hälfte der fast 15 Millionen Jüdinnen und Juden lebt im Staat Israel. Für viele Israelis ist diese Tatsache eine Konkretion der biblischen Landverheißung. Das Land ist Zufluchtsort für jüdische Menschen aus aller Welt, die von Antisemitismus bedroht sind.
- 3) Der Staat Israel ist seit seiner Gründung 1948 betroffen von kriegerischen Auseinandersetzungen mit den ihn umgebenden arabischen Ländern. Das Thema der von palästinensischer Seite als *Naqba* (Katastrophe) erlebten Vertreibung von Teilen der ursprünglichen, nichtjüdischen Bevölkerung des Landes ist ungelöst. Eine Zweistaatenlösung war lange Zeit Ziel diplomatischer Bemühungen und ist aktuell in weite Ferne gerückt.
- 4) Die Politik des demokratischen Staates Israel kann wie die jedes anderen Staates offen kritisiert werden. Zu den Grundsätzen seiner *Unabhängigkeitserklärung* von 1948 gehören die folgenden Sätze, deren dauerhafte Realisierung nach wie vor von vielen Israelis selbst eingefordert wird:

Der Staat Israel...wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.

Daran lässt sich Israels Politik messen. Daran darf auch von nichtjüdischer Seite erinnert werden – in bleibendem Respekt vor denen, die dort politische Verantwortung tragen.

Die Bezeichnung Israels als Apartheidstaat lehnen wir ab. Die oft harte Haltung der in Israel politisch Verantwortlichen auch gegenüber berechtigten palästinensischen Forderungen ist in der Regel realpolitisch und nicht grundsätzlich anti-palästinensisch begründet.

Nach der Wahl zur Knesset 2021 war vorübergehend die Vereinigte Arabische Liste *Raam* mit 4 Sitzen in der Neun-Parteien-Regierungskoalition vertreten, was sich sozialpolitisch positiv ausgewirkt hat. Den deutlichen Rechtsruck nach der jüngsten Wahl im November 2022 sehen wir im Blick auf alle Versöhnungsbemühungen mit großer Sorge.

Den Forderungen der internationalen Boykottbewegung BDS (*Boycott, Disengagement, Sanctions*) treten wir grundsätzlich entgegen, da sie u.a. das Rückkehrrecht aller 1948 vertriebenen Palästinenser/innen und ihrer Nachkommen (zurzeit fast 6 Millionen!) beinhaltet, deren Verwirklichung das Ende Israels als Staat mit überwiegend jüdischer Bevölkerung

bedeuten würde.

- 5) Wir plädieren dafür, vor dem Hintergrund der politischen wie kirchlichen deutschen Schuld gegenüber dem Volk Israel entsprechend dem Begriff *Staatsräson* eine sachgemäße *Kirchenräson* im Streit um den Nahostkonflikt zu praktizieren. Diese sollte dem Wortsinn entsprechend (Räson = Vernunft) zwei Konsequenzen haben.

Zum einen treten wir zusammen mit vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen dem jüngst wieder verstärkten Antisemitismus in Deutschland entgegen, indem wir noch entschlossener als bisher pädagogische und theologische Bildungsarbeit im christlich-jüdischen Dialog fördern. In diese beziehen wir, wo immer das möglich ist, auch den Islam ein. Das Potenzial der nahen Verwandtschaft der drei *Buchreligionen* bzw. *abrahamitischen Religionen* ist noch nicht ausgeschöpft. *Kirchenräson* bedeutet, dass wir uns nicht anmaßen, die Lösung für den verfahrenen Konflikt zweier Rechtsansprüche in Händen zu halten. Diese muss vor Ort gefunden werden, wo die Konfliktparteien mit Konsequenzen ihres Handelns selbst leben müssen.

Ein symbolkräftiger Beitrag zum künftigen Frieden zwischen Israel und den werdenden Palästina kann zweitens auch darin bestehen:

Aus unserer Sorge um die Zukunft Israels und des palästinensischen Volkes gewähren wir in unseren Gemeinden den Friedens- und Versöhnungsinitiativen auf jüdischer wie palästinensischer Seite gern Gastfreundschaft. Wir fördern ihre Anliegen auch durch Gottesdienstkollekten und Spenden.

In unseren Gottesdiensten beten wir nachhaltig um Verständigung zwischen dem Volk der *ersten Liebe* (F. Heer) Gottes und dem muslimisch wie christlich geprägten palästinensischen Volk.

Auch so kann der ErK-Verfassungsauftrag *Begegnung und Versöhnung* Gestalt gewinnen.

Hannover, 30.4.2022, aktualisiert 16.11.2022

Erstentwurf: Christoph Rehbein, Redaktion: gesamter Ausschuss